

Selten hat sich Staatsversagen in der Schweiz deutlicher gezeigt

Zu Hunderten zogen sie durch Bern, schlugen Fenster und Türen ein, bespraysen Fassaden, bewarfen Polizisten mit Steinen und Petarden. Sogar das Frauenspital und den Hauptsitz der Heilsarmee griffen die Linksextremen an. In Zürich stürmten und besetzten sie die Rote Fabrik. Und am beschaulichen Luzerner Rotsee verbrannten sie in einem Schrebergarten alle Schweizerfahnen, um gegen «Nationalismus» zu protestieren.

Dies alles passierte in den letzten acht Tagen. Zuvor schon kam es in diesem Jahr zu zahlreichen Gewalttaten von Linksextremen vor der Berner Reitschule oder in Zürich. Das darauf folgende politische Ritual ist stets dasselbe: Man verurteilt und verspricht mit markigen Worten

«Vor lauter Angst unternimmt man lieber nichts dagegen»

Besserung - bevor alles wieder beim Alten bleibt. Trotz anderslautender Drohungen nach den letzten grossen Ausschreitungen vom März beschloss der Berner Stadtrat diese Woche, auch weiterhin die Miete für die Reitschule in der Höhe von 320'000 Franken zu übernehmen. Aus lauter Angst, dass die

Schläger wieder böse werden könnten, kuscht man vor ihnen und finanziert sogar noch ihren Unterschlupf. Selten hat sich Staatsversagen in der Schweiz deutlicher gezeigt.

Man stelle sich einmal vor, hinter all diesen Gewalteskalationen steckten Rechtsextreme - die linken Berner oder Zürcher Stadtregierungen würden kaum so viel Rücksicht nehmen.

Schuld an diesen Zuständen tragen aber auch die Medien. Viel zu lange haben sie jede noch so dumme Aktion von Rechtsextremen zur «Neo-nazi-Gefahr» hochgeschrieben - während bei linken Gewalttätern stets verharmlosend von «Autonomen», «Chaoten», oder gar von «Aktivisten» die Rede war. Tatsächlich ist die Gefahr des Linksextremismus seit Jahrzehnten bedeutend grösser: Allein 2015 kam es zu 28 Straf- und Gewalttaten durch Rechtsextreme, während Linksextreme mit 199 siebenmal mehr solcher Taten verübten.

Ironischerweise bezeichnen sich die linken Schläger als «Antifaschisten». Dabei sind sie selbst die einzige faschistische Bewegung des Landes: Alles, was nicht ihrer Gesinnung entspricht, wird bedroht, brutal angegriffen und zerstört - egal, ob es demokratisch legitimiert oder durch den Rechtsstaat geschützt ist.

Die Jungsozialisten, die nicht selten mit den Linksextremen sympathisieren, sagten diese Woche in Bern, statt ständiger Verurteilungen solle man sich doch mal fragen, «warum diese Leute Gewalt anwenden».

Die Antwort ist einfach: Weil sie es können. Weil man sie gewähren lässt. Weil linke Sympathisanten ihre Taten viel zu lange verharmlost haben und der Staat heute vor lauter Angst lieber nichts dagegen unternimmt.

Andreas Kunz, Redaktionsleiter



andreas.kunz@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Linksextreme hetze

Mit einer Liste prangern Gewalttäter Institutionen an, die si

Pia Wertheimer

Die Liste, die derzeit im Internet zahlreiche unbescholtene Menschen an den Pranger stellt, ist lang: Auf 22 Seiten führen linke Extremisten Personen sowie öffentliche und private Organisationen auf und hetzen gegen sie. «Lasst uns die Staaten und die beteiligten Firmen auf verschiedenste Arten stören. Ihnen finanziellen Schaden zufügen, sie an ihrer Arbeit hindern, ihre Standorte mit Farbe beschmieren und vieles mehr», heisst es auf einem dazugehörenden Flugblatt. Die Aktion wendet sich gegen «die verschiedenen Facetten der Ausschaffungsmaschinerie» und will diese «sichtbar machen und (zer)stören». Das soll durch eine willkürliche Aufzählung von Personen und Institutionen geschehen, die direkt oder indirekt mit dem Asylbereich zu tun haben. Und zwar bis die Genannten «ihre Arbeit nicht mehr tun können oder wollen».

Es erstaunt nicht, dass Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Liste anführt. Wie zufällig die Aufzählung aber ist, zeigt das Beispiel des Westschweizers Xavier Wohlschlag. Sein Name dürfte diesseits des Röstigrabens kaum bekannt sein. Es handelt sich um den Operationschef des Genfer Flughafens.

«Mit dieser Liste gehen sie eindeutig zu weit»

Anders als bei der Mehrheit der aufgelisteten Personen sind nicht seine geschäftlichen Kontaktdaten aufgeführt. Er erscheint mit privater Anschrift. «So etwas habe ich noch nie erlebt», sagt Wohlschlag. Sein Name erscheine wohl auf der Liste, weil er für die Sicherheit des Flughafens zuständig sei. Die linken Gruppierungen würden ihn deshalb mit Ausschaffungsflügen in Verbindung bringen. Er habe sich bei der Rechtsabteilung seines Arbeitgebers Rat geholt. «Mit der Liste gehen sie eindeutig zu weit.» Trotzdem will Wohlschlag nicht darauf reagieren. Das wäre für ihn Wasser auf die Mühlen dieser Gruppierungen.

Ziel der öffentlichen Hetze sind auch Organisationen, die sich bekanntlich für das Wohl von Asylsuchenden einsetzen. Darunter die Internationale Organisation für Migration (IOM) und zwölf ihrer

Angestellten. Bei sorgfältigeren Recherchen hätten die Urheber der Liste erkannt: Die Organisation unterstützt zwar die Schweiz und das Staatssekretariat für Migration bei der Organisation von freiwilligen Rückkehren, nicht aber bei Zwangsausschaffungen. «Wir bedauern das Missverständnis in Bezug auf unsere Arbeit», sagt Pier Ross-Longhi von IOM.

Auch die Heilsarmee steht am Pranger

Noch erstaunlicher ist, dass die Extremisten auch die Heilsarmee im Visier haben und die Privatadressen ihrer Mitarbeiter publizieren. Laut Angaben der Wohltätigkeitsorganisation wurde sie frühzeitig von der Berner Polizei darüber informiert. Die Heilsarmee will aber nicht klein beigeben. «Es ist und bleibt unser Bestreben, menschliche Not zu lindern», sagt ihr Sprecher Philipp Steiner. Es seien nicht die Anfeindungen, die ihm Sorge bereiteten, sondern die Situation der Flüchtlinge. «Diese Menschen brauchen unsere Solidarität. Deshalb öffnen wir auch weiterhin unsere Türen.»

Die auf die Betreuung von Asylsuchenden spezialisierte ORS Service AG und ihre Mitarbeiter sind ebenfalls Ziel der Hatz. Sie hat von der Sonntagszeitung von der Liste erfahren. «Wir haben Erfahrung mit Polemik und Anfeindungen», sagt ORS-Sprecher Roman Della Rossa. Dass unmittelbar vor der Abstimmung über die Asylgesetzrevision verstärkt polemisiert werde, überrasche ihn nicht.

In Zürich, wo die ORS ihren Hauptsitz hat, liefern sich linksextreme Gruppen regelmässig Scharmützel mit den Ordnungshütern und verwüsten ganze Strassenzüge. Wie ein Sprecher der Stadtpolizei sagt, habe sie Kenntnis von der in den einschlägigen Foren publizierten Liste. «Fachspezialisten haben die betroffenen Stellen, die auf Stadtgebiet liegen und auf dieser Liste erwähnt sind, umgehend über diese Tatsache informiert.»

In den Flugblättern, die in verschiedenen Sprachen mit der Liste kursieren, fordern die Extremisten: «Lasst uns unsere Wut in Taten umsetzen und die Asylmaschine benennen und angreifen.» Wie ernst sie es damit meinen, zeigt ein Farbanschlag in der



Verummte setzten am 6. März dieses Jahres eine Strasse

Schweizern geht Sicherheit vor Freiheit

Die Schweizerinnen und Schweizer wollen die Massnahmen gegen Rechtsextremismus verschärfen. Zu diesem Schluss kommt die Studie 2016 der Militärakademie und des Center for Security Studies Zürich. Von den 1211 befragten Personen in 17 Kantonen sprachen sich 60 Prozent dafür aus, dass der Linksextremismus bekämpft wird. Drei Viertel befürworten eine schärfere Gesetzgebung über Rechtsextremisten. 87 Prozent der Befragten wollen, dass aufgestockt wird - das befürworteten 2003 erst 24 Prozent. Die Studie spricht sich gemäss ETH-Studie zudem dafür aus, dass für Ruhe und Ordnung sorgt, wenn die Polizei überfordert ist. Hälfte der Befragten ist bereit, für verstärkte Sicherheitsmassnahmen eine Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit in Kauf zu nehmen. «Der Sicherheit wird insgesamt ein grösseres Gewicht gegeben als der Freiheit», hält die Studie fest.

«Ich möchte nicht warten, bis wir tote Einsatzkräfte beklagen müssen»

Reto Nause, Sicherheitsdirektor der Stadt Bern, fordert schärfere Massnahmen gegen linksextreme Gewalt

In Bern kam es am vergangenen Wochenende zum wiederholten Mal zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Linksextremisten rund um die Reitschule. Für den Stadtbürgermeister und Sicherheitsdirektor Reto Nause ist jetzt höchste Zeit zum Handeln.

Hat in Ihrer Stadt die Gewalt gegen Beamte zugenommen?

Die Qualität der Gewalt nimmt klar zu. Im März wurden in der Stadt Bern elf Polizisten verletzt, an diesem Wochenende zerschmetterte ein Stein von 13 Zentimetern Durchmesser die Scheibe eines Feuerwehrfahrzeugs und verfehlte einen Feuerwehrmann nur knapp. Die Polizisten werden auch mit Feuerwerksraketen oder Hochleistungseinschleudern angegriffen. Diese gezielten Attacken

einer gewalttätigen Zelle aus. Diese sind immer mehr in Kauf, leben zu gefährden. Gemäss der Statistik der Stadt Bern sind in den letzten Jahren weniger Fälle registriert. Die absolute Zahl ist eigentlich irrelevant, verbale Drohungen sind nichts zur Qualität der Sache. Wie zeigt sich das? Es zeigt sich an der Anzahl der Verletzten und daran, dass Einsatzkräfte angegriffen werden. Bei der Aktion gegen die Heilsarmee wurden massiv Gewalttäter massiv gewarnt. Dabei wurden die gewalttätigen Gruppen und Partyvölker ganz bewusst